

Amtsdirektor kassiert Hornow-Beschluss

Nun soll eine neu gewählte Gemeindevertretung noch mal zum Bürgerbegehren abstimmen

HORNOW-WADELSDORF Der Streit um die Zukunft der Gemeinde Hornow-Wadelsdorf spitzt sich immer weiter zu und nimmt teils bizarre Formen an. Der Zeitplan für die angestrebte Eingemeindung nach Spremberg zum 1. Januar 2015 ist deshalb kaum noch zu halten. Selbst im Rathaus Spremberg geht man jetzt schon von der Verschiebung um ein ganzes Jahr aus. Für freundliches Geplänkel und nette Begrüßungsfloskeln ist kein Platz an diesem Mittwochabend im Wadelsdorfer Gemeindebüro, wo sich die Bürgermeisterin, der Gemeinderat und die Vertreter der Verwaltung des Amtes Döbern-Land mit versteinerten Mienen gegenüber sitzen. Eisiges Schweigen beherrscht die Atmosphäre kurz vor Beginn der Sitzung – schon der zweiten in diesem Monat. Wieder sind ein Dutzend Bürger gekommen, um die Diskussion zu Pro und Contra zur Eingemeindung ihres Ortes nach Spremberg zu verfolgen. Auch sie spüren sogleich: Der Ton wird schärfer und die Antipathien treten immer deutlicher zutage.

Amtsdirektor Günter Quander (parteilos) verkündet, dass er den vor zwei Wochen von der Gemeindevertretung mit deutlicher Mehrheit gefassten Beschluss zur Ablehnung des Bürgerbegehrens fristgerecht beanstandet hat. Damit ist der Mehrheitsbeschluss der Hornow-Wadelsdorfer hinfällig. Die am Sonntag neu zu wählende Gemeindevertretung kriegt das Problem im Juli nochmals auf den Tisch und soll dann neu entscheiden. "Ein Bürgerbegehren zur Durchführung eines Bürgerentscheides ist nun mal ein legitimes Mittel unserer Demokratie. Das muss man einfach akzeptieren", begründet Quander seine Vorgehensweise. Und er macht sofort klar: Falls die neue Gemeindevertretung im Juli genauso entscheidet wie die alte, werde der Beschluss von ihm wieder beanstandet – und dann geht das Ganze zur Kommunalaufsicht beim Landkreis. Nun sind die Fronten klar.

Klar ist dagegen noch nicht, ob die Initiatoren des Bürgerbegehrens, die die weitere Eigenständigkeit von Hornow-Wadelsdorf statt der Eingemeindung nach Spremberg fordern, vor Gericht ziehen werden. "Wir warten ab, wie die nächste Entscheidung zu unserem Antrag ausfällt", erklärt Mitinitiatorin Annett Zeuner (SPD) nur knapp. Eine Lawine der Ablehnung hatte sich in den vergangenen Wochen gegen das von immerhin 119 Hornow-Wadelsdorfern unterschriebene Bürgerbegehren entladen. Am häufigsten wurde der Initiativgruppe dabei vorgeworfen, die ins Spiel gebrachte Eigenständigkeit für Hornow-Wadelsdorf sei gar keine echte Option, sondern nur ein Vorwand, um im Hintergrund die Strippen für eine Großgemeinde Döbern zu ziehen.

Zeitplan ist nicht zu halten

Egal, wie im Juli die dann neuen gewählten Vertreter zu dem Thema abstimmen werden – eines ist unumstößlich: Der Zeitplan für die seit 2012 vorbereitete Eingemeindung nach Spremberg zum 1. Januar 2015 wird nicht mehr zu halten sein. Das räumte Bürgermeisterin Christine Herntier (parteilos) auf der jüngsten Stadtverordnetenversammlung in Spremberg ein. "Man muss sich der Tatsache stellen, dass die Eingemeindung zum Januar 2015 nicht mehr realisierbar ist", sagte sie. Und weil ein Beitritt von Hornow-Wadelsdorf mitten im Jahr aus haushalterischen Gründen nicht angestrebt wird, steht nun der 1. Januar 2016 im Blickfeld.

Zweiter Anlauf für die Anhörung

Trotz der herben Rückschläge wollen die Spremberg-Befürworter aus Hornow-Wadelsdorf sich nicht aus dem Rhythmus bringen lassen. Für den 11. Juni ist deshalb die öffentliche Anhörung der

Einwohner zum ausverhandelten Eingemeindungsvertrag mit Spremberg geplant. Die Bürgerversammlung wird am 11. Juni ab 19 Uhr im Schloss Hornow stattfinden. Es ist dann schon die zweite Auflage, denn eine erste Einwohnerversammlung kann wegen eines Formfehlers bei der Veröffentlichung nicht anerkannt werden. Bürgermeisterin Antoinette Leesker sagt: "Wir hoffen, dass auch beim zweiten Anlauf viele Bürger mit Fragen und Vorschlägen teilnehmen."

Catrin Würz